

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Bundesbank - Wirtschaftsprogramme - Härteklausel - Agrarpreise - USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1993) : Kurz kommentiert: Bundesbank - Wirtschaftsprogramme - Härteklausel - Agrarpreise - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 6, pp. 281-282

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137010>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank Teure Zinspause

Die neue Lösung der Bundesbank lautet „Zinspause“: Selbst die bisherige Politik der Zinssenkung in Trippelschritten soll fürs erste eingestellt werden. Die Bundesbank begründet dies im wesentlichen mit der noch immer zu hohen Inflationsrate und mit der explodierenden Staatsverschuldung; hinzu kommen jetzt eine Schwäche der D-Mark an den Devisenmärkten, wieder anziehende Kapitalmarktzinsen sowie die starke Expansion der Geldmenge M3 im April. Bei alledem nimmt die Rezession Ausmaße an, wie schon lange nicht mehr.

Gewiß: Sache der Bundesbank ist nicht die Konjunkturpolitik, sondern die Wahrung oder Wiedergewinnung der Preisstabilität über eine potentialorientierte Steuerung der monetären Expansion. Hierzu paßt eine Zinspause jetzt keineswegs. Bei näherer Betrachtung relativiert sich nämlich das Geldmengenwachstum: Der weit aus überwiegende Teil der Expansion von M3 beruht auf der Ausweitung seiner verzinslichen Komponenten, während das höher liquide M1 mit einer Jahresrate von derzeit 4% nur sehr moderat wächst. Andererseits läßt die Konjunktur darauf schließen, daß bei der gegenwärtigen lohnpolitischen Weichenstellung ein baldiger Rückgang der Preissteigerungsraten zu erwarten ist. An den Devisen- und Kapitalmärkten wiederum normalisiert sich nun die Lage, nach einer langen Phase der Unsicherheit über die Zukunft der europäischen Integration, einer Phase, die von einer einseitigen Präferenz der Anleger für die deutsche Währung geprägt war. Entsprechende Korrekturen im Wechselkurs- und Zinsgefüge begründen keineswegs einen Verzicht auf weitere Lockerungsmaßnahmen durch die Bundesbank. Schließlich sollte es auch im Verhältnis zur Fiskalpolitik bei einer gesunden Arbeitsteilung bleiben: Seine Finanzprobleme muß der Staat selbst lösen, nicht die Bundesbank. Aber eine Verschärfung dieser Probleme über eine monetär bedingte Verlängerung der Rezession wird volkswirtschaftlich teuer werden.

fr

Wirtschaftsprogramme Keine finanziellen Spielräume

Der DGB hat von der Bundesregierung ein Infrastrukturprogramm für Ostdeutschland und ein Konjunkturprogramm für Westdeutschland mit einem Gesamtvolumen von 30 Mrd. DM verlangt. So wünschenswert in der jetzi-

gen Wirtschaftslage zusätzliche Programme für Ost- wie für Westdeutschland sein mögen, es gibt dafür aufgrund der Aufwendungen im Rahmen der Wiedervereinigung keine finanziellen Spielräume. Schon der mühsam zustande gekommene Solidarpakt machte deutlich, daß im Moment nicht zusätzliche Ausgaben angesagt sind, sondern Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Das föderale Konsolidierungsprogramm war denn auch der Kritik ausgesetzt, da die Priorität bei der Erhöhung von Steuern und Abgaben und nicht bei der Reduzierung der Ausgaben lag. Und die öffentliche Neuverschuldung erreicht in diesem Jahr fast 5% des Bruttosozialprodukts, was ohnehin schon als Obergrenze angesehen wird.

Eine weitergehende Verschuldung des Staates oder neue Steuererhöhungen würden in der gegenwärtigen Situation das Vertrauen in die Finanzpolitik merklich schwächen und die Zinssenkungsspielräume der Bundesbank verringern. Weitere Zinssenkungen sind aber für die Investitionstätigkeit in West- und auch in Ostdeutschland von größerer Bedeutung als die vom DGB geforderten zusätzlichen Investitionshilfen. Für die Behebung der Investitionsschwäche in Westdeutschland und Verstärkung der Investitionsdynamik in Ostdeutschland ist vor allem eine Verbesserung der Absatz- und Gewinnerwartungen notwendig. Und was die Infrastruktur in Ostdeutschland betrifft, so wird in den neuen Bundesländern inzwischen eineinhalbmal so viel an öffentlichen Investitionsmitteln pro Einwohner aufgewendet wie in den alten.

jh

Härteklauseel Tarifpolitisches Neuland

In der ostdeutschen Stahl- und Metallindustrie ist es nach dreiwöchigem Streik zu einem Tarifabschluß gekommen, der bereits jetzt zum Streit zwischen der IG Metall und den Arbeitgebern, insbesondere aber der Treuhandanstalt, führt. Dabei geht es nicht um das Kernstück des neuen Tarifvertrags, der eine Verzögerung beim Anpassungsprozeß der Löhne zwischen ost- und westdeutschen Arbeitnehmern vorsieht, so daß der Ausgleich nicht schon im nächsten Jahr, sondern erst Mitte 1996 erreicht wird. Streitpunkt ist vielmehr die im Tarifabschluß vereinbarte Härteklauseel. Danach können wirtschaftlich bedrängte Betriebe ihre Beschäftigten unter Tarif bezahlen, um einen Konkurs zu vermeiden und Arbeitsplätze nicht opfern zu müssen. Die Gewerkschaft hat sich verpflichtet, bei der Härtefallregelung mitzuwirken. Im Streitfall soll eine neutrale Instanz feststellen, ob ein Härtefall vorliegt.

Der amtierende IG Metall-Vorsitzende hat die Anwendung der Härteklausele für Treuhandunternehmen ausgeschlossen, da ein Konkursrisiko nicht vorhanden sei. Dies wird mit Sicherheit nicht der letzte Folgekonflikt sein, denn mit der Möglichkeit, im Ausnahmefall den vertraglich festgelegten Flächentarif zu unterschreiten, haben die Tarifparteien Neuland betreten. Die ostdeutschen Betriebe haben es nun mit in der Hand, ob sie im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft der Lohnanpassung nach dem vorgesehenen Stufenplan den Vorzug geben oder nicht. Für die Beschäftigten hat sicherlich die Chance, den Arbeitsplatz auf längere Sicht zu behalten, Vorrang vor der Angleichung an westdeutsche Löhne. Aus ökonomischer Sicht haben die Tarifpartner mit der Härteklausele-Vereinbarung das Richtige getan und gezeigt, daß sie in der außergewöhnlichen Situation den Mut zu einer außergewöhnlichen Maßnahme hatten. Dies sollten sie nicht durch einen Dauerstreit gefährden.

dw

Agrarpreise

Faustpfand-Strategie

Ende Mai 1993 einigten sich die EG-Landwirtschaftsminister über die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1993/94. Wesentliche Grundlage für die Preisbeschlüsse war die Agrarreform vom Mai letzten Jahres. Eines ihrer zentralen Elemente ist eine mehrstufige radikale Senkung des gemeinschaftlichen Getreidepreises. In diesem Wirtschaftsjahr beträgt sie 22%. Um das Überleben der bäuerlichen Betriebe unter den neuen Bedingungen soweit wie möglich zu sichern, treten kompensatorisch an die Stelle der Subvention über hohe Stützpreise direkte, an Flächenstilllegungen gebundene Einkommensübertragungen.

Besondere Würze bekam der diesjährige Agrarpreisepoker durch französische Forderungen nach erheblichen preispolitischen Zugeständnissen, die die Reformbeschlüsse deutlich veränderten, und durch die Art und Weise, wie Frankreich sie durchsetzte. Im Wege einer Art Faustpfand-Strategie ließ sich Frankreich seine Zustimmung zum Ölsaatenabkommen zwischen der Gemeinschaft und den USA mit einer drastischen Erhöhung (um 27%) der vorgesehenen Prämien für die Stilllegung von Getreideflächen honorieren. Zudem konnte der französische Agrarminister weitere Konzessionen für seine Klientel herausholen.

Durch die Preisbeschlüsse insgesamt – die zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 943 Mill. ECU über einen Dreijahres-Zeitraum führen – kommt es nach Auffassung

der Kommission nicht zu Überschreitungen der „Agrarleitlinie“; allerdings werden die Handlungsspielräume ausgeschöpft. Die aus Konzessionen an Frankreich resultierenden zusätzlichen Aufwendungen aus der Gemeinschaftskasse in Höhe von 1 Mrd. FF sind zumindest insoweit gut angelegt, als damit ein wichtiges Hindernis für den Abschluß der jetzigen GATT-Runde beseitigt werden konnte.

kr

USA

Teilerfolg für Clinton

Der amerikanische Präsident Clinton konnte Ende Mai einen ersten Erfolg verbuchen. Das Repräsentantenhaus verabschiedete das von der neuen Regierung ausgearbeitete Programm zur Haushaltskonsolidierung, allerdings nur mit einer denkbar knappen Mehrheit von sechs Stimmen – und das, obwohl die Demokraten in diesem Gremium über eine solide Mehrheit von insgesamt 81 Stimmen verfügen.

Widerstand hatte es einmal gegen das zu geringe Ausmaß der Defizitreduzierung insgesamt, zum anderen insbesondere gegen die Einnahmelastigkeit des ursprünglichen Konsolidierungskonzepts gegeben. Um die Verabschiedung seines Programms möglich zu machen, mußte der Präsident daher erhebliche Modifizierungen des Gesamtpakets in Kauf nehmen. So konnte die geplante Energiesteuer nicht durchgesetzt werden. Daneben soll der besonderen Ausgabendynamik bei den sozialen Leistungsgesetzen mit Anspruchsberechtigung deutlich stärker entgegengewirkt werden; dazu ist vorgesehen, daß künftig die automatischen Ausgabensteigerungen in diesem Bereich entweder durch eine Erhöhung der Steuereinnahmen oder aber durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle kompensiert werden müssen.

Nach den schon jetzt einschneidenden Konzessionen gilt es für Bill Clinton vor der endgültigen Verabschiedung des Wirtschaftsprogramms im Senat in den nächsten Wochen noch massiveren Widerstand gegen das „tax and spend“-Gebaren der neuen Regierung zu überwinden. Wenn die Zustimmung auch hier mit abermals erheblichen Abstrichen vor allem bei den Ausgaben erkauft werden müßte, könnte der vordergründige Abstimmungserfolg mit dem Abrücken von ihren ursprünglichen Schwerpunkten einer inhaltlichen Niederlage der Regierung gleichkommen. Für die amerikanische Wirtschaft wäre dies aber sicherlich der richtigere Weg, denn eine im Ergebnis ausgewogenere Verteilung von Einnahmeerhöhungen und Ausgabenkürzungen wird ihre Wachstumsaussichten eindeutig verbessern.

cb